

Romani Rose
Kein Ort zum Leben - Roma in und aus dem Kosovo.

Fachveranstaltung zur Lage nach dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz
Berlin, 5. November 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich im Namen des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma und des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma zu diesem Fachgespräch zur Situation von Roma im Kosovo.

Anlaß ist für uns der Asylkompromiß vom Oktober 2015, der Kosovo zum „sicheren Herkunftsland“ erklärt.

Ich danke Frau Vizepräsidentin Claudia Roth, Frau Annette Groth und Herrn Volker Beck für Ihre Teilnahme.

Ich freue mich besonders, daß wir mit dem Abgeordneten des Kosovo Parlaments, Herrn Kujtim Pakaku sowie dem Direktor der „Agentur für Entwicklung und Menschenrechte“, Herrn Baschkim Ibischi zwei wichtige Vertreter aus dem Kosovo hier bei uns haben.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma beobachtet seit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Situation von Roma im Kosovo. Ich selbst habe zusammen mit einer Delegation des Zentralrates bereits im Jahr 1999 unmittelbar nach dem Kriegsende den Kosovo besucht; Mitarbeiter des Zentralrates waren im Anschluß mehrfach vor Ort.

Der Asylkompromiß der Bundesregierung ist für Roma im Kosovo eine Katastrophe. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat, wie alle nationalen und internationalen Institutionen stets vor Abschiebungen nach Kosovo gewarnt, vor allem wegen der katastrophalen ökonomischen Lage vor Ort, in der sich die Rückkehrer ebenso wie große Teile der kosovarischen Bevölkerung befinden.

Durch die erneute Verschärfung des Asylrechts werden Roma zudem wiederholt ins Zentrum von Rassismus und Diskriminierung gestellt und zwar sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsländern.

Die pauschale Stigmatisierung von Flüchtlingen aus den West-Balkanstaaten als „Armutsfüchtlinge“ in der politischen Debatte ignoriert nicht nur die konkrete Situation in den Heimatländern – sie mißbraucht überdies Menschen, die auf der Flucht vor Diskriminierung und Rassismus sind, zur Verschärfung des Asylrechts.

Auch der neue Asylkompromiß zielt wieder nur auf die Symptome, ohne die Ursachen für die Flucht aus dem Kosovo in Rechnung zu stellen. Alle einschlägigen Berichte des Europarates und anderer Menschenrechtsorganisationen belegen, daß die Lage von Roma in den westlichen Balkanstaaten - insbesondere im Kosovo - nach wie vor von systematischer Ausgrenzung und Benachteiligungen gekennzeichnet ist, die als kumulative Verfolgung gewertet werden müsse.

Die Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus dem Kosovo sind in einer Reihe anderer europäischer Länder deutlich höher als in Deutschland, vor allem aus Gründen des humanitären Schutzes.

Deshalb läßt auch die geringe Anerkennungsquote in Deutschland durch das Bundesamt für Migration nicht ohne weiteres den Schluß zu, daß Kosovo ein „sicheres Herkunftsland“ sei. Auch in Deutschland haben Verwaltungsgerichte die Verfolgung von Roma in Kosovo festgestellt

An dieser Stelle will ich kurz auf die Rolle der Bundeswehr eingehen, die bis heute in Kosovo auch Polizeiaufgaben wahrnimmt und für die Sicherheit in ihrer Region sorgt – ein ,Indiz für die nach wie vor prekäre Sicherheitslage.

Die Bundeswehr hat erheblich zum Wiederaufbau in Kosovo beigetragen, aber die Vertreter vor Ort haben auch sehr deutlich erklärt, daß es für Roma keine Rückkehrmöglichkeit gebe.

2

Die Häuser der Roma sind zum großen Teil systematisch zerstört oder von Albanern beschlagnahmt worden, Rückkehrer wurden und werden bedroht, wenn sie wagen, ihr Eigentum zurückzufordern.

Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die anderen KFOR-Staaten haben sich nach der Vertreibung der Roma in irgendeiner Weise für die Minderheit eingesetzt, auch nicht für die Rückerstattung von Landbesitz oder Häusern.

Deutschland nimmt aktuell sehr viele Flüchtlinge aus, und selbstverständlich ist die Situation der Flüchtlinge aus Syrien, die unmittelbar aus einem Kriegsgebiet kommen, nicht mit der Lage auf dem Westbalkan zu vergleichen. Deutschland hat hier eine beispielhafte Rolle eingenommen, wir können aber ebensowenig die Situation für alle Flüchtlinge hier in Deutschland lösen. Das darf aber nicht bedeuten, daß die Lage von Roma ignoriert oder gar zum Instrument für die Verschärfung des Asylrechts gemacht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Asylkompromiß betrifft zum einen die Roma, die zum Teil schon seit fast zwanzig Jahren in Deutschland leben und die jetzt abgeschoben werden sollen.

Hierzu heißt es im Asylkompromiß : (Zitat)

„Der Bund wird sich aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere Roma, im Westbalkan einsetzen.“

Zum anderen sollen für die im Kosovo lebenden Roma (Zitat)

„Möglichkeiten der legalen Migration aus dem Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme in Deutschland“ geschaffen werden.

Wir werden in der folgenden Diskussion auf diese beiden Aspekte sicher genauer eingehen müssen. Es muß hierbei nämlich sichergestellt werden, daß Roma aus dem Kosovo bei der Vergabe von Arbeitsmöglichkeiten angemessen beteiligt werden.

Der Zentralrat ist davon überzeugt, daß die eigentliche Zielsetzung des politischen Handelns auf die Bekämpfung von Fluchtursachen ausgerichtet sein muß.

Wir müssen deshalb sehr genau hinschauen, wenn die Bundesregierung in den Staaten des Westbalkans und damit auch in Kosovo Programme zur Verbesserung der Situation von Minderheiten initiieren will. Hier wird es darauf ankommen, die Angehörigen der Minderheiten direkt zu beteiligen.

Ich wünsche uns eine produktive Diskussion nicht zuletzt dieser beiden Punkte aus dem Asylkompromiß, die nämlich in der Umsetzung nicht erneut Roma ausgrenzen dürfen.